Stand: 18.12.2025 08:46:59

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5883

"Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Wohnungsnot in bayerischen Ballungsräumen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5883 vom 26.03.2015
2. Beschluss des Plenums 17/5921 vom 26.03.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 41 vom 26.03.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.03.2015 **Drucksache 17/5883**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Wohnungsnot in bayerischen Ballungsräumen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1a) ein zunächst auf die Dauer von fünf Jahren begrenztes Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von insgesamt 250 Mio. Euro zugunsten bayerischer Ballungsräume mit angespanntem Mietwohnungsmarkt vorzulegen, damit daraus Maßnahmen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums finanziert werden können,

1b) die erforderlichen Mittel in die jeweiligen Haushaltsentwürfe einzustellen, um die im „Jahr des Wohnungsbaus“ 2014 gezeigten Bemühungen in jährlich gleicher Höhe zu verstetigen,

1c) nach der Hälfte der Laufzeit die Wirkung und den Erfolg des Sonderinvestitionsprogramms zu evaluieren und zu prüfen, ob es über die vorgesehene Dauer hinaus um weitere fünf Jahre verlängert werden soll,

2) in Analogie zum Siedlungswerk Nürnberg GmbH eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft für den südbayerischen Raum zu gründen, um die wohnungspolitischen Instrumentarien auch in Südbayern zu stärken,

3) zur Schaffung von Anreizen für private Bauherren auf Bundesebene darauf hinzuwirken, die 2005 abgeschaffte degressive Abschreibung für Anlagen im Mietwohnungsneubau („degressive Afa“) für Baumaßnahmen in Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt wieder einzuführen.

Begründung:

Bereits heute herrscht in den meisten bayerischen Ballungsräumen – v.a. in München, Regensburg und Nürnberg – ein angespannter Wohnungsmarkt. Der Anstieg der Mietpreise, aber auch das Herausfallen von ehemals geförderten Wohnungen aus der Sozialbindung bewirken, dass Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem oder mittlerem Einkommen nur noch schwer bezahlbare Wohnungen finden. Mit ein Grund hierfür sind die kontinuierlich gesenkten Fördermittel. Betrugen die jährlich bewilligten Fördermittel des Freistaats für Wohnungsbau Mitte der 90er Jahre noch 348 Mio. Euro, so wurden dafür im Jahr 2013 lediglich 160 Mio. Euro veranschlagt. Am 27. Dezember 2013 proklamierte die Staatsregierung für 2014 das „Jahr des Wohnungsbaus“ und erhöhte die zur Verfügung stehenden Mittel für die Wohnungsbauförderung einmalig um 50 Mio. Euro auf 210 Mio. Euro. Letztlich wurden 2014 aber lediglich 1901 Mietwohnungen gefördert. Dieses Ergebnis macht eine Verstetigung der Fördermaßnahme unabdingbar.

In Art. 106 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung ist „die Förderung des Baus billiger Volkswohnungen“ als Aufgabe des Staats und der Gemeinden definiert. Um die Mieten wenigstens auf dem derzeitigen, ohnehin schon hohen Niveau zu halten, liegt der geschätzte jährliche Wohnungsbedarf in Nürnberg bei 3.200 bis 3.800 Wohnungen, in München bei 7.500 bis 8.000 Wohnungen. In seiner Stellungnahme vom 11. November 2014 hält das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat das Engagement der Siedlungswerk Nürnberg GmbH auf dem freien Mietwohnungsmarkt für wirtschaftlich sinnvoll. Angesichts der oben genannten Zahlen gilt dies für den südbayerischen Raum entsprechend.

Generell sind die Abschreibungsmöglichkeiten für Gebäude auf lange Laufzeiten ausgelegt. Statt die Immobilie linear in gleichbleibenden Raten abzuschreiben, variiert der Abschreibungssatz bei der degressiven Abschreibung je nach Alter der Immobilie. In den ersten Jahren unmittelbar nach der Baufertigstellung können demnach Bauherren die vermietete Wohnung mit einem deutlich höheren Prozentsatz abschreiben. Dies bringt für Immobilieninvestoren vor allem in der Anfangszeit hohe Steuervorteile, was einen bedeutenden Investitionsanreiz darstellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.03.2015 **Drucksache** 17/**5921**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**5883**

Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Wohnungsnot in bayerischen Ballungsräumen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Thorsten Glauber
Abg. Andreas Lotte
Abg. Eberhard Rotter
Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Christine Kamm

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wohnungsnot in den Ballungsräumen bekämpfen (Drs. 17/5852)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD)
Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Wohnungsnot in bayerischen Ballungsräumen (Drs. 17/5883)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Eberhard Rotter u. a. und Fraktion (CSU)
Erfolgreiche bayerische Wohnraumförderung fortsetzen (Drs. 17/5884)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist der Herr Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema - -

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir versuchen immer wieder, das Thema sozialer Wohnungsbau auf die Tagesordnung zu bringen. Dies ist aus aktuellen Gründen ein sehr wichtiges Thema. Sie haben gestern die Meldung der Stadt München hören können, wonach die Stadt selbst – ihre Wohnbaugesellschaften, die GWG und die GEWOFAG – den sozialen Wohnungsbau mit 250 Millionen Euro anschieben will. Das löst insgesamt eine Investition in Höhe von circa einer Milliarde Euro für den sozialen Wohnungsbau in der Stadt München

aus. Hintergrund ist wohl auch, dass die Stadt München über Jahre hinweg auf diesem Gebiet nicht mit voller Kraft unterwegs war.

Die Entwicklungen zeigen, dass in München ebenso wie in anderen Ballungsräumen ein klassischer Verdrängungswettbewerb besteht. Es gibt immer mehr Wohnungen, die aus der Sozialbindung herausfallen. Wenn aber Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen und auf dem freien Markt verfügbar sind, entsteht extremer Druck, da freie Wettbewerber diese Wohnungen zu ganz anderen Möglichkeiten vermieten und verkaufen können. Somit wird den Ballungsräumen sozialer Wohnbau entzogen. Wenn wir die Historie der sozialen Wohnungsbauförderung für den Freistaat in den Neunzigerjahren betrachten, stellen wir fest, dass wir damals im Baubereich eine Flaute hatten. Damals gab es einen extremen Rückgang an Baumaßnahmen, dem man ein Stück weit mit sozialem Wohnungsbau begegnet ist. Das hatte zur Folge, dass wir 1993 allein in Bayern für den sozialen Wohnungsbau 610 Millionen Euro an Bundes- und Landesmitteln ausgegeben haben. Die Folge dieser Ausgaben spürt man erst Jahre später.

Unter Ministerpräsident Stoiber ist dieser Betrag im Jahr 2003 im Interesse eines ausgeglichenen Haushalts auf 160 Millionen Euro Bundes- und Landesmittel abgeschmolzen worden. Nachdem auf diesem Gebiet über 400 Millionen Euro nicht mehr zur Verfügung standen und die Folgen von 1993 erst Jahre nach der Realisierung dieser Wohnungen spürbar wurden, spürt man auch die Auswirkungen von 2003 erst Jahre später. Wir sind jetzt über Jahre hinweg bei 160 Millionen Euro bayerischer Mittel geblieben. Im Jahre 2010 hatten wir das "Jahr des Wohnungsbaus". Damals ist die Zahl wieder auf 210 Millionen Euro angehoben worden. Aber jetzt liegen wir im Doppelhaushalt wieder bei 159 Millionen Euro.

Das ist unserer Ansicht nach nicht der richtige Ansatz. Wir brauchen zum einen eine Kontinuität und für den Wohnungsbau deutlich mehr Geld. Zum anderen müssen wir uns darüber Gedanken machen, wie wir der Tatsache begegnen wollen, dass Wohnraum aus der Sozialbindung herausfällt. Deshalb fordern wir in unserem heute vorlie-

genden Antrag eine Verstetigung der sozialen Wohnraumfördermittel in Zusammenarbeit mit den Kommunen. Das ist sicherlich ein gangbarer Weg.

Ich habe beschrieben, wie sich die Wohnbaumittel über die Jahre hinweg entwickelt haben. Nicht nur in München herrscht Druck, sondern auch in Augsburg, Würzburg, Regensburg und Erlangen. Die Beispiele könnten wir beliebig fortführen. Überall dort brauchen wir eine Entspannung des Marktes, und diese erreichen wir mit einem adäquaten Ansatz im sozialen Wohnungsbau. Da sind die Anstrengungen der Staatsregierung und der CSU-Fraktion zu wenig. Dazu reichen die aktuell zur Verfügung gestellten 159 Millionen Euro nicht aus. Da sind wir als Landtag gefordert; denn es ist deutlich mehr möglich.

Im zweiten Teil unseres Antrags fordern wir nicht nur eine Förderung und Belebung des staatlichen Wohnbaus, sondern auch eine bessere Abschreibung, und zwar eine Anhebung der linearen Abschreibung für Abnutzung von 2 auf 4 %, um so auch privates Kapital in den Wohnungsbau zu bekommen und mehr Baumaßnahmen auszulösen.

Im Bereich des Denkmalschutzes und dort, wo Kommunen Sanierungsgebiete ausweisen, gibt es ein ganz anderes Abschreibungsmodell mit einer Abschreibung von zwölf Jahren. Da kann man in den ersten acht Jahren 9 % abschreiben. Das war sicher ein anderer Ansatz. Dort wollte man im Prinzip denkmalgeschützte Gebäude einer neuen Nutzung zuführen, historische Ensembles erhalten und alte Kerne durch eine höhere Abschreibung erhalten und beleben. Man sieht aber auch, dass diese Maßnahmen dort greifen, dass Kapital dort hinfließt und dort investiert wird.

Daher glauben wir, dass auch im Wohnungsbau allgemein mit einer erhöhten Abschreibung mehr Wohnraum zur Verfügung stünde und in den Ballungsräumen, in denen es momentan einen Verdrängungswettbewerb gibt, eine Entspannung einträte. Die Mieter mit normalen Einkommen werden verdrängt. Es muss unser Ziel sein, dass Normalverdiener und Rentner nicht einem Verdrängungswettbewerb ausgesetzt sind,

der sie immer weiter in die Peripherie hinausdrängt. Wenn jemand im Ballungsraum seinen Lebensmittelpunkt hat, muss sichergestellt sein, dass er weiter in seinem Lebensumfeld bleiben kann.

Deshalb fordern wir in unserem Antrag deutlich mehr Anstrengungen. Die 159 Millionen Euro sind zu wenig. Wir brauchen eine Verstetigung auf deutlich höherem Niveau. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zu den Anträgen: Dem SPD-Antrag stimmen wir zu, wenngleich wir die dynamische Abschreibung nicht nur in den Ballungszentren gerne sähen. Dem Antrag der CSU können wir nicht zustimmen, weil Sie schreiben, dass Sie bisher alles richtig gemacht hätten. Wir sehen das Problem darin, dass zu wenig Geld zur Verfügung steht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Andreas Lotte von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Andreas Lotte (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Glauber hat bereits zu Recht auf die Genese der bayerischen Wohnungspolitik in den letzten zwanzig Jahren hingewiesen. Herr Glauber hat auch auf die Aktivitäten der SPD-Stadtratsfraktion in München Bezug genommen, die 250 Millionen Euro in die Hand nimmt. Nur am Rande sei der Verhältnismäßigkeit wegen erwähnt, dass der Freistaat Bayern derzeit 160 Millionen Euro pro Jahr für diesen Bereich ausgibt.

Dass die Stadtratsfraktion so viel Geld in die Hand nimmt, hat einen guten Grund. Wir alle lasen in den letzten Wochen eine Horrorzahl nach der anderen, was die Mietpreissteigerungen in bayerischen Ballungsräumen angeht. Zuletzt kam die Schreckensmeldung über den Münchner Mietspiegel, wonach die Mieten beim Bestand in den letzten zwei Jahren um 6 %, seit 2011 sogar um 9,6 % gestiegen sind. In allen Ballungsräumen unseres Freistaates ist der Wohnungsmarkt angespannt. In den Met-

ropolen finden inzwischen nicht mehr nur Bürgerinnen und Bürger mit niedrigen Einkommen keine Wohnungen mehr, inzwischen hat auch der Normalverdiener massive Probleme, ein bezahlbares Dach über dem Kopf zu finden. Es ist uns allen bewusst, dass die Politik gefordert ist, um diesem massiven Marktversagen Einhalt zu gebieten. Jahrelang hat man die Bedarfe falsch eingeschätzt und musste die Prognosen korrigieren. Heute stehen wir vor dem Trümmerhaufen von zwanzig Jahren Wohnungspolitik in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Die Politik hat sich aus dem staatlichen Wohnungsbau kontinuierlich zurückgezogen. Herr Glauber hat bereits einige Zahlen genannt. Ich wollte nicht die Spitze und die schlechteste Zahl nennen, sondern habe mit Durchschnittswerten gearbeitet. Aber auch die Durchschnittswerte machen deutlich, was in den letzten zwanzig Jahren passiert ist: Mitte der Neunzigerjahre wurden für den geförderten Wohnraum durchschnittlich 348 Millionen Euro ausgegeben, zuletzt waren es im Durchschnitt 160 Millionen Euro. Seit 1998 ging es kontinuierlich bergab. Im Durchschnitt wurden für den sozialen Wohnungsbau zusammen mit den Bundesmitteln – ohne die 160 Millionen Euro - an die 200 Millionen Euro ausgegeben. Die gleiche Entwicklung zeigt sich beim Wohnungsbestand. Das stützt die These von Herrn Glauber. In den Jahrzehnten von 1950 bis 2000 stieg der Wohnungsbestand in Bayern um durchschnittlich eine Million Wohnungen pro Jahrzehnt. Von 2000 bis 2010 waren es nur noch 450.000 Wohnungen pro Jahrzehnt.

Seither dümpelt der Wohnungsbestand dahin und lag im Jahr 2013 bei 6,1 Millionen. Dann beschloss die Staatsregierung, das "Jahr des Wohnungsbaus" zu proklamieren und machte zusätzlich 50 Millionen Euro locker, sodass man im Jahr 2014 zusammen mit den Bundesmitteln 210 Millionen Euro hatte.

In der Pressemitteilung vom 27. Januar war zu lesen:

> Durchstarten beim Wohnungsbau, so lautet die Agenda 2014 von Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann ... Ganz oben steht für mich, in Bayern wieder jährlich auf 70.000 neu gebaute Wohnungen zu kommen.

Für 2013 rechnete Herrmann mit 58.000 Baugenehmigungen; es wurden dann knapp 56.000. Auch im "Jahr des Wohnungsbaus" 2014 kam man immerhin auf 58.000 Baugenehmigungen. Kaum war das Jahr 2014 vorbei, klopfte man sich auf die Schultern, lehnte sich wohlig erschöpft von der eigenen Arbeit zurück und fuhr die Wohnraumförderung wieder auf 158,7 Millionen Euro zurück, also auf weniger als 2013 oder 2012. Klar, man darf nicht vergessen: Bei der studentischen Wohnraumförderung haben Sie 5 Millionen Euro draufgelegt. Glücklicherweise hat der Bund die nach Bayern gepumpte Förderung noch einmal deutlich aufgestockt, sodass wir in Bayern insgesamt 242,5 Millionen Euro zur Verfügung haben.

Das eine ist das Geld; das andere ist, was dabei herauskommt. Das sagen Sie auch selber immer. Wir haben im Jahr 2014 im Freistaat 51.321 Wohnungen gebaut, und davon – passen Sie genau auf die Zahl auf – waren 1.901 geförderte Mietwohnungen. Noch einmal: von 51.321 Wohnungen waren lediglich 1.901 geförderte Mietwohnungen. Am Rande sei bemerkt: Circa 1.800 davon sind in München.

Wenn man also an das im Dezember 2013 verkündete Ziel unseres Wohnungsbauministers denkt, muss man sagen: Bei 70.000 neu gebauten Wohnungen war das alles andere als ein Durchstarten, eher ein zaghafter, humpelnder Schritt in die richtige Richtung. Ziel verfehlt – weitermachen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ruhen Sie sich nicht auf den trügerischen Lorbeeren aus, dass Bayern mehr als alle anderen Bundesländer in den Wohnungsbau investiert. Bayern hat auch mehr Wachstum als alle anderen Länder, mehr Zuzug, mehr Wohnungsnot. Tun Sie das, was Sie immer wieder behaupten. Verstetigen Sie die Mittel für den Wohnungsbau, aber tun Sie das langfristig. Machen Sie Schluss mit den Eintagsfliegen und mit dem Strohfeuer!

(Beifall bei der SPD)

Legen Sie ein Sonderinvestitionsprogramm auf!

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zum zweiten Punkt unseres Antrages. Im Zuge der Föderalismusreform wurde die soziale Wohnraumförderung seit 2006 vollständig vom Bund auf die Länder übertragen. Seither bekommt Bayern 61,3 Millionen Euro an Kompensationsmitteln. Ich bin mir bewusst, dass der Oberste Rechnungshof der Ansicht ist, dass freier Wohnungsbau nicht Aufgabe des Staates sei. Wir alle aber, meine Damen und Herren, wir alle sind Vertreter des Souveräns, das heißt des bayerischen Volkes. Artikel 106 der Bayerischen Verfassung enthält die Förderung des Baus billiger Volkswohnungen als Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Wir hatten ja schon die GBW. Übrig sind noch die Stadibau und das Siedlungswerk Nürnberg. Letzteres engagiert sich nicht nur im Beamtenwohnungsbau, sondern außerdem auf dem freien Wohnungsmarkt, indem es ganz einfach durch Bauen, Bauen, Bauen bezahlbaren Wohnraum schafft, und das laut Finanzministerium sogar wirtschaftlich sinnvoll. Wenn so etwas in Nürnberg möglich ist, wo der Wohnungsmarkt weit weniger angespannt ist als in München, dann muss so etwas doch auch im südbayerischen Raum möglich sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Befürworten Sie mit uns die Gründung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft, um die Fehler einer missratenen Privatisierungspolitik zu lindern.

Ganz kurz noch zum Thema Abschreibungen. Bei den Abschreibungen sind wir explizit anderer Meinung als die FREIEN WÄHLER. 4 % lineare Abschreibung können nicht funktionieren. Nach 25 Jahren wäre das Gebäude abgeschrieben; die Lebensdauer beträgt aber 50 Jahre. Eine degressive Abschreibung in angespannten Wohnungsmärkten können wir uns aber sehr wohl vorstellen, wenn wir sicherstellen, dass diese Mietwohnungen dann nicht in Eigentumswohnungen umgewandelt werden. - Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Eberhard Rotter von der CSU das Wort. Bitte schön.

Eberhard Rotter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass aufgrund der vorliegenden Dringlichkeitsanträge das wichtige Thema Wohnungsbau einmal mehr auf der Tagesordnung des Bayerischen Landtags steht, gibt mir dies doch Gelegenheit klarzulegen, dass das, was meine beiden Vorredner gerade behauptet haben, nicht stimmt: dass die Staatsregierung bei diesem Thema nicht mit voller Kraft unterwegs wäre oder dass es in Bayern gar einen Trümmerhaufen der Wohnungspolitik gäbe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich wäre es wünschenswert, wenn wir in diesem Jahr 250 Millionen Euro an Landesmitteln zur Verfügung hätten. Sie wissen aber alle: Der Haushalt ist verabschiedet. Wir werden uns im Herbst über einen Nachtragshaushalt unterhalten. Sie kennen die Übung in diesem Haus, dass wir keinen Anträgen zustimmen, mit denen im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt irgendwelche Mittel gefordert werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die von der Opposition kommen, müssen Sie sagen!)

– Herr Aiwanger, das wissen Sie ganz genau. Dazu sind Sie schon lange genug hier herinnen. Sie reden aber immer, bevor Sie zugehört haben. Irgendwann einmal werden Sie vielleicht auch noch gescheiter werden.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nein, nein, ich habe schon zugehört!)

Wir könnten also jetzt nicht einem Antrag zustimmen, mit dem 250 Millionen Euro gefordert werden, wenn wir gerade vor einem Vierteljahr den Haushalt verabschiedet haben. Im Nachtragshaushalt wird man sehen und darüber reden müssen, ob wir die

Mittel wieder aufstocken sollen. Sie wissen, dass es 2014 einen Einmaleffekt gab, mit dem wir zusätzlich 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt haben.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das war ein Wahljahr!)

– Nein, das war kein Wahljahr. Das Wahljahr war vorbei. Wir haben das nach dem Wahljahr gemacht, nicht zum Wahljahr. Jetzt bringen Sie auch noch die Jahreszahlen durcheinander, Frau Kollegin Kamm.

Das, was insbesondere zur AfA gesagt worden ist, ist durchaus sinnvoll, wobei ein Widerspruch zwischen dem besteht, was wir genauso wie die SPD wollen, nämlich die Wiedereinführung der degressiven AfA, während die FREIEN WÄHLER die Erhöhung der linearen AfA wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich begrüßen wir die bisherigen Anstrengungen der Staatsregierung zur Verbesserung der Wohnraumversorgung und begrüßen in diesem Zusammenhang natürlich auch, dass die Stadt München, die ja immer sagt, wie gut es ihr geht und wie reich sie ist, Geld in die Hand nimmt. Ganz besonders wichtig wäre es aber, dass die Kommunen und insbesondere die Stadt München, wo das Problem natürlich am drängendsten ist, dafür auch Grundstücke verfügbar machen würden; denn das ist das A und O. Die Voraussetzung, dass man überhaupt bauen kann, ist, dass baureife Grundstücke zu akzeptablen Preisen zur Verfügung stehen. Daran krankt es insbesondere in der Landeshauptstadt. Dort könnten die Anstrengungen durchaus noch verstärkt werden. Im Übrigen gilt durchaus, dass vielleicht auch der Freistaat Bayern in der Landeshauptstadt das eine oder andere Grundstück hat, das möglicherweise für Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden kann. Dies wäre mir recht. Ich glaube, dass bereits eine entsprechende Prüfung läuft, inwieweit aus dem Immobilienbesitz des Freistaates das eine oder andere Grundstück zur Verfügung gestellt werden kann.

Im Übrigen erinnere ich daran, dass wir bereits wichtige Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum ergriffen haben. So wurde beispielsweise die Geltungsdauer des Zweck-

entfremdungsgesetzes verlängert und die Erhöhung des Wohngeldes auf den Weg gebracht, wie es nachdrücklich von uns bereits seit Jahren gefordert wurde. Das erkenne ich an. Dies wurde natürlich auch von der SPD unterstützt; deswegen konnte das jetzt umgesetzt werden. Das ist ganz, ganz wichtig; denn mit dieser Erhöhung kann gezielt denjenigen geholfen werden, die nicht sozialwohnungsberechtigt sind und sich dennoch auf dem freien Markt gerade in Ballungsräumen nur schwer versorgen können. Das ist also durchaus etwas Positives, das wir gemeinsam mit der Großen Koalition in Berlin auf den Weg gebracht haben.

Die Umsetzung der Mietpreisbremse, die jetzt in Berlin beschlossen worden ist, wird folgen. Die Mittel für Wohnraumförderung sind im Ländervergleich durchaus auf hohem Stand. Ich darf daran erinnern, dass das bekanntlich nicht schwarz regierte Baden-Württemberg im Wesentlichen die Bundesmittel durchreicht und das Ganze noch um Landesmittel im Größenbereich von etwa 10 % dessen, was wir in Bayern dazugeben, ganz, ganz leicht erhöht, obwohl es auch dort vergleichbare Ballungsräume mit ähnlichen Problemen gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser wohnungspolitisches Ziel ist es, die Wohnraumförderung fortzuführen und dabei so viele soziale Mietwohnungen wie nötig und so viele Eigentumswohnungen wie möglich zu fördern. Ich sage das, weil wir natürlich auch draußen im Land das Wohnungseigentum fördern wollen, um Abwanderungstendenzen junger Familien zu verhindern. Das ist doch auch ein Anliegen der FREIEN WÄHLER; zumindest habe ich das so in Erinnerung. Auch darauf müssen wir unser Augenmerk richten.

Um den Wohnungsmangel in Ballungsräumen und in den Tourismusgebieten zu bekämpfen, gibt es nur ein Mittel, nämlich bauen, bauen, bauen. Ich habe die Tourismusgebiete ausdrücklich genannt, da sowohl am Bodensee als auch im südlichen Oberallgäu – beide Gebiete befinden sich in meinem Stimmkreis – die Grundstückspreise und die Wohnungsmieten ähnlich hoch wie in den Ballungsräumen sind. Der

Bedarf wird angesichts unserer Verpflichtung zur Unterbringung von Flüchtlingen absehbar weiter erheblich steigen.

Natürlich ist es unser Ziel, in Bayern wieder auf 70.000 neu gebaute Wohnungen zu kommen. So viele Wohnungen konnten wir im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung errichten. Wir brauchen gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land nach dem jeweiligen regionalen Bedarf. Der Schwerpunkt der Mietraumförderung liegt natürlich in den Ballungsgebieten. Gerade für Familien mit Kindern und für Geringverdiener benötigen wir erschwingliche Mietwohnungen. Die bewährte Politik der regionalbedarfsgerechten Förderung von Mietwohnraum, Eigentumsbildung und Modernisierung von Wohnraum werden wir in diesem Jahr und in den Folgejahren mit hoher Priorität fortsetzen. Der Einsatz von Wohnraumfördermitteln gibt im Übrigen auch wichtige Impulse für das regionale Handwerk und die Bauwirtschaft.

Im Jahre 2013 wurden in Bayern 47.000 Wohnungen fertiggestellt. Das sind immerhin 14,4 % mehr als noch im Jahr 2012. Wie soll es in Zukunft weitergehen? – Die Baugenehmigungen für künftige Baufertigstellungen sind ein wichtiger Indikator. Wir haben im Jahr 2014 in Bayern für 58.786 Wohnungen Baugenehmigungen erteilt oder Genehmigungsfreistellungsverfahren abgeschlossen. Das bedeutet eine weitere Zunahme von 4,9 %.

Die Mittel in Bayern liegen bei rund 160 Millionen Euro. Hinzu kommen 22,5 Millionen Euro für die studentische Wohnraumförderung und rund 60 Millionen Euro an Bundesmitteln, sodass wir insgesamt gut 240 Millionen Euro zur Verfügung haben. Im Übrigen fördern wir den Wohnungsbau und die Schaffung von Wohneigentum durch staatliche Baudarlehen und durch zinsverbilligte Darlehen der BayernLabo. Aber der Staat allein wird es nicht richten können. Das haben meine Vorredner bereits erwähnt. Ich will es wiederholen. Angesichts beschränkter staatlicher Mittel bedarf es natürlich vermehrt des Kapitaleinsatzes privater Investoren in den Wohnungsbau, um die drohenden Versorgungsengpässe abzuwenden.

Ein besonders wirksamer Anreiz für den privaten Wohnungsbau wären steuerliche Vergünstigungen. Die Wiedereinführung einer degressiven AfA für Wohngebäude ist aus unserer Sicht ein geeignetes Instrument. Der Freistaat fordert dies seit zehn Jahren, seit dieses Instrument bei der Gründung der ersten Großen Koalition abgeschafft worden ist. Ich habe diese Abschaffung bereits vor zehn Jahren kritisiert, und ich kritisiere sie nach wie vor. Ich hoffe, dass es uns gelingen wird, dieses Instrument wiedereinzuführen.

Über eines müssen wir uns im Klaren sein: Alle Mietrechtsvorschriften, die wir für die Verbesserung des Mieterschutzes usw. einführen, sind ein Ritt auf der Rasierklinge; denn wir dürfen private Investoren nicht verschrecken, damit weiterhin Kapital in den Mietwohnungsbau fließt. Bislang haben wir diesen Ritt einigermaßen bewältigt; aber es darf keine weiteren Verschlechterungen geben. Ähnliches gilt für die energetischen Vorgaben bei Wohnungsbauten. Obwohl eine energetische Bauweise und eine energetische Sanierung sinnvoll sind, dürfen wir die Schraube nicht überdrehen. Der Wohnungsbau und Investitionen in den Wohnungsbau müssen sich weiterhin wirtschaftlich darstellen lassen.

Die Wiedereinführung einer degressiven Abschreibung wäre zur Ankurbelung des Wohnungsbaus sinnvoll und richtig. Sie wird von allen relevanten Wohnungsmarktakteuren in Bayern gefordert. Hier muss der Bund die notwendigen Schritte unternehmen. Alle Parteien in diesem Hause – mit Ausnahme der FREIEN WÄHLER – sind auf Länderebene in unterschiedlichen Koalitionen vertreten. Wir müssen auf unsere jeweiligen Parteifreundinnen und –freunde einwirken, dass dies auch in anderen Ländern so gesehen wird, damit die nötige Bundesratsmehrheit dafür zustande kommt. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Rotter. Bitte bleiben Sie noch am Redepult. Herr Kollege Glauber hat sich zu einer Zwischenbemerkung

gemeldet. - Bevor ich Herrn Kollegen Glauber das Wort erteile, möchte ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – Bitte schön, Herr Kollege.

(Christine Kamm (GRÜNE): Sie sollten lieber einen gescheiten Antrag schreiben!)

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Rotter, Sie haben ausgeführt, dass im Jahr 2014 210 Millionen Euro eingestellt wurden, also in einem Nicht-Wahljahr. Wir sind uns doch einig, dass der Doppelhaushalt 2013/2014 im Jahr 2013 aufgestellt wurde. Damit war das ein klares Wahlgeschenk, das Sie den Wählern auf den Weg gegeben haben. Der Anstieg der Mittel von 160 Millionen Euro auf 210 Millionen Euro im Frühjahr 2013 ist natürlich ein Wahlgeschenk für die anstehende Wahl gewesen.

Die FREIEN WÄHLER sind im Jahr 2008 in den Bayerischen Landtag gekommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Jahr 2008 waren für den sozialen Wohnungsbau in Bayern 161 Millionen Euro im Haushalt vorgesehen. Damals hatte der Haushalt einen Umfang von 39 Milliarden Euro. Wir schreiben jetzt das Jahr 2015 und haben einen Haushalt von 51 Milliarden Euro verabschiedet. Trotz dieses Anstiegs um 12 Milliarden Euro haben Sie es geschafft, die Investitionen für den sozialen Wohnungsbau um 2 Millionen Euro abzuschmelzen. Der Anstieg liegt bei 12 Milliarden Euro. In den Haushalt haben Sie jedoch statt wie damals 161 Millionen Euro nun 159 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau hineingeschrieben. Sie sagen dazu, dass dafür kein Geld vorhanden sei. Es ist natürlich eine Frage der Prioritätensetzung, wenn der Staat 12 Milliarden Euro mehr einnimmt und die Mittel für den sozialen Wohnungsbau um 2 Millionen Euro senkt. Das müssen Sie den Bürgern schon erklären.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Rotter, bitte.

Eberhard Rotter (CSU): Ich wiederhole mich: Wir haben die Erhöhung erst im Rahmen des Nachtragshaushalts 2014 beschlossen. Das Jahr 2014 war kein Wahljahr. Bei den übrigen Zahlen haben Sie unterschlagen, dass wir die Mittel für den Studentenwohnbau in der fraglichen Zeit erhöht haben. Auch darauf habe ich schon hingewiesen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Rotter. – Als Nächste hat sich Frau Kollegin Kamm zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Rotter, ich bedauere schon, dass Sie sowohl in Ihrer Rede als auch in Ihrem Dringlichkeitsantrag eine Position bezogen haben, die nichts anderes bedeutet als: Wir sind zufrieden, alles ist gut, wir machen weiter so. - Und dies angesichts der jetzigen Situation, wo so viele Menschen Schwierigkeiten haben, sich angemessen mit Wohnraum zu versorgen. Die Mieten explodieren. Insbesondere Familien, Alleinerziehende und Senioren stehen vor größten Schwierigkeiten, eine Wohnung zu finden. Für heuer wurden die Mittel für den sozialen Wohnungsbau bereits im März abgeschöpft. Für dieses Jahr stehen also schon gar keine Fördermittel mehr zur Verfügung, die beantragt werden könnten. Alle Mittel sind schon vergeben.

Die Zahl der sozialen Wohnungen, die derzeit errichtet werden, ist wesentlich geringer als die Zahl der sozialen Wohnungen, die heuer aus der Bindung fallen. Wir haben uns außerordentlich darüber gefreut, dass die Bayerische Staatsregierung im Jahr 2013 erklärt hat, dass im Jahr 2014 die Mittel für den sozialen Wohnungsbau endlich angehoben werden sollen. Ich dachte, dass jetzt ein Einlenken erfolgt und die Mittel wieder deutlich ansteigen. Ich habe mich aber zu früh gefreut: Bereits ein Jahr später wurden diese Mittel, die letztlich ein Landtagswahlgeschenk waren, wieder einkassiert. Das ist außerordentlich bedauerlich.

Seit Mitte der Neunzigerjahre ist ein deutliches Absinken der Mittel für den Wohnungsbau in Bayern zu verzeichnen. Im ersten Jahr wirkte sich dies nicht dramatisch aus. Mittlerweile aber spüren wir alle die dramatischen Folgen, nicht nur in München, Nürnberg und Augsburg, sondern auch in allen anderen größeren Städten in Bayern.Ein "Weiter so" kann es nicht geben. Wir bedanken uns daher sehr bei den FREIEN WÄHLERN, dass sie dieses Thema zum Dringlichkeitsantrag gemacht haben. Ich möchte damit allerdings nicht sagen, dass ich zufrieden bin, wenn die Mittel im Jahr 2015 wenigstens das Niveau des Jahres 2014 erreichen. Ich denke, das reicht nicht; wir brauchen mehr.

Weiterhin möchte ich darauf hinweisen, dass Abschreibungsmittel, AfA-Mittel, letztendlich Haushaltsmittel sind. Jetzt zu sagen, wir haben kein Geld in der Kasse, wir möchten uns nicht der harten Debatte im Landtag darüber stellen, woher die Mittel kommen und wohin wir sie geben, und stattdessen mit Steuererleichterungen zu arbeiten, ist billig. Steuererleichterungen wirken sich im Haushalt genauso aus. Wir haben es hier schon gehört: Eine lineare AfA von 4 % im Wohnungsbau ist nicht sachgerecht. Sie würde dazu führen, dass Wohnungsgebäude nach 25 Jahren komplett abgeschrieben wären, als ob sie keinen Wert mehr darstellen würden. Das stimmt nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, ich halte daher den letzten Absatz für nicht sachgerecht und rechtlich unzulässig. Daher möchten wir die ersten zwei Absätze gerne unterstützen, den dritten aber nicht.

Wir unterstützen den Antrag der SPD, allerdings mit dem Zusatz, den Sie in Ihrem Redebeitrag geäußert haben, dass bei der degressiven Abschreibung bestimmte Rahmenbedingungen festgeschrieben werden müssen. Es macht keinen Sinn, für den Wohnungsbau eine degressive Abschreibung einzuführen und dann zu ermöglichen, dass das Ganze nach vier Jahren in Eigentumswohnraum umgewandelt wird.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CSU, die Sie namentlich über Ihren Antrag abstimmen lassen wollen: Mir ist wichtig, dass Sie nicht nur über diesen Antrag, der letztendlich nur ein "Weiter so" bedeutet, namentlich abstimmen lassen, son-

dern dass Sie auch anfangen, darüber nachzudenken, was in der Wohnungspolitik in Bayern zusätzlich besser gemacht werden muss. Mir ist es ein Anliegen, dass Sie vielleicht die Osterfeiertage oder die Wochen danach dazu nutzen, in Ihren Städten Runde Tische mit den Wohlfahrtsverbänden, Vertretern der Frauenhäuser, Vertretern beispielsweise der Schwangerenberatungen, mit den Seniorenverbänden usw. einzuberufen, um dieses Thema einfach einmal zu diskutieren und zu erkennen, wie groß der Handlungsbedarf ist. Die Mietpreisbremse löst das Problem nicht. Wir brauchen endlich wieder einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt, um die Dynamik abzusenken und in Bayern wieder normale Verhältnisse zu bekommen. Dazu brauchen wir hier in Bayern eine andere Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Kamm. – Ich sehe, es gibt eine Meldung für eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Rotter. Bitte schön, Herr Rotter.

Eberhard Rotter (CSU): Liebe Frau Kollegin Kamm, nachdem Sie unseren Antrag als ein bloßes "Weiter so" interpretieren, möchte ich darum bitten, dass Sie ihn noch einmal genau durchlesen. Dort heißt es nämlich nicht nur, dass wir die Anstrengungen der Staatsregierung begrüßen, sondern dass es uns auch darum geht, die Wohnraumversorgung "sowohl in den Ballungsräumen als auch im ländlichen Raum" – darauf kommt es nämlich auch an – "durch zielgerichtete Maßnahmen ... weiterhin zu verbessern". Außerdem geht es darum, dass die Beschaffung bezahlbaren Wohnraums "und der Neubau von Wohnungen forciert werden" sollen. Ich glaube, die Deutung des Antrags als ein "Weiter so" ist nicht ganz korrekt.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Rotter. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Rotter, gute Absichten ohne Mittel reichen nicht. Ich glaube, hier müssen deutliche Zeichen gesetzt werden. Hier muss klar ge-

zeigt werden, wie man handeln will. Man darf nicht bloß Absichtsbekundungen von sich geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Da die Frist für die namentliche Abstimmung noch nicht abgelaufen ist, werden wir jetzt die Abstimmung über die Anträge durchführen, die nicht namentlich abgestimmt werden. Die Anträge werden dazu wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/5852 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen, bitte! – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/5883 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/5853 bis 5858 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Die namentliche Abstimmung, die noch aussteht, führen wir nach dem nächsten Tagesordnungspunkt durch.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich komme nun zurück zum Dringlichkeitsantrag der CSU, bei dem die namentliche Abstimmung noch aussteht. Es handelt sich um den Antrag auf Drucksache 17/5884. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben drei Minuten. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 17.22 bis 17.25 Uhr)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Eberhard Rotter und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Erfolgreiche bayerische Wohnraumförderung fortsetzen", Drucksache 17/5884, bekannt. Mit Ja haben 76, mit Nein haben 56 Abgeordnete gestimmt, keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.03.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Eberhard Rotter u. a. und Fraktion CSU; Erfolgreiche bayerische Wohnraumförderung fortsetzen (Drucksache 17/5884)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried			
Bause Margarete			
Beißwenger Eric	X		
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von **Brunn** Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			
Flierl Alexander	X		
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten		X	
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann			
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander			
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. **Magerl** Christian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. **Reichhart** Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten			
Dr. **Schwartz** Harald			
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara			
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. **Wengert** Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	76	56	0